

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/165

Bonn, den 27. September 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Der Auftrag von über 12,5 Millionen Wählern</u> Niemand wird an der SPD vorbeiregieren können Nach der Informationstagung der sozialdemokratischen Führungsgremien	43
2 - 3	<u>An der Wiege des Bildungsrates</u> Zu einer bedeutsamen Sitzung der Kultusministerkonferenz Von Klaus Helfer, Bonn	85
4	<u>Schleppende Untersuchung</u> Erste Ergebnisse der Polizeidurchleuchtung in Schleswig-Holstein	41
5	<u>Drei Jahre "Hessisches Alternholungswerk"</u> 16 000 minderbemittelte ältere Mitbürger verlebten schöne Ferienwochen	34
6	<u>Elektronengehirne erobern Dänemark</u> Entscheidender Schritt zur Verwaltungsvereinfachung Von unseren Skandinavienkorrespondenten	

+ + +

Der Auftrag von über 12,5 Millionen Wählern

Niemand wird an der SPD vorbeiregieren können

Nach der Informationstagung der
sozialdemokratischen Führungsgremien

sp - Wer erwartet hatte, die SPD würde sich in ihrer am vergangenen Wochenende in Bad Godesberg stattgefundenen Informationstagung mit sinnlosen Diskussionen selbst einen Klotz ans Bein binden, sah sich enttäuscht. Ebenso wie im Parteivorstand am vorausgegangenen Mittwoch gab es am Samstag nicht eine einzige Stimme, die auch nur im entferntesten angedeutet hätte, das Godesberger Grundsatzzprogramm der SPD des Jahres 1959 sei revisionsbedürftig. Im Gegenteil, alle Diskussionsredner unterstrichen die Notwendigkeit, noch intensiver als bisher das Grundsatzzprogramm den Menschen in der Bundesrepublik deutlich zu machen, "weil es die wirkliche Alternative zu einer in sich zerrissenen und richtungslosen Politik der vermeintlichen Sieger vom 19. September ist".

Es bestand auch völlige Übereinstimmung darüber, daß die Frage, wie das Grundsatzzprogramm und die Forderungen der Sozialdemokratie zu einer guten deutschen Politik noch profilierter als bisher dargestellt werden können, das Ergebnis einer sehr gewissenhaften Analyse des Gesamtwahlergebnisses sein wird.

Schon bei einer ersten Prüfung von Einzelergebnissen hat sich herausgestellt, daß die zum Teil unterschiedlichen Resultate andere Ursachen haben müssen als irgendeine generelle Bewertung es zuläßt. In diesem Sinne wird die Partei an die nächsten Aufgaben herangehen und hierbei nicht Vermutungen, sondern nur Fakten gelten lassen.

Den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt empfangen die Delegierten der Tagung mit einer minutenlangen Ovation. Dies war der Dank für die politische und persönliche Leistung eines Mannes, der seit Jahren dort verantwortlich für Deutschland steht, wo deutsche Politik am schwierigsten ist.

Willy Brandts Entschluß, als Vorsitzender der stärksten Partei des freien Teils Deutschlands - CDU und CSU sind bekanntlich zwei Parteien mit sehr unterschiedlichen Vorstellungen und Zielen - die Politik der SPD mit fester Hand im Sinne des Godesberger Grundsatzzprogrammes weiterzuführen und nicht etwa ein Interimsvorsitzender zu sein, ist der Ausdruck seines Willens, der deutschen Hauptstadt Berlin und der Bundesrepublik Deutschland jenes politische Gewicht zu geben, das ihr gebührt.

Willy Brandt stützt sich dabei auf das Vertrauen von über 700 000 Mitgliedern und von 12,7 Millionen Wählern.

Im Übrigen ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands mit Willy Brandt an ihrer Spitze fest entschlossen, sich so zu verhalten, daß niemand in Deutschland an ihr vorbeiregieren kann. Das wird die anti-sozialdemokratische Koalition, wenn sie überhaupt zustande kommt, sehr bald spüren.

An der Wiege des Bildungsrates

Zu einer bedeutsamen Sitzung der Kultusministerkonferenz

Von Klaus Helfer, Bonn

Die Sondersitzung der Kultusminister aller Bundesländer am 29. September steht im Schatten der Schlagzeilen, die noch für geraume Zeit die Geburtswäden registrieren werden, unter denen die Koalitionsparteien eine lebensfähige Bundesregierung ans Tageslicht zu bringen hoffen. Dennoch gehört keine Prophetie zu der Behauptung, daß das Ergebnis der Beratungen im Bonner Sekretariat der Kultusministerkonferenz die künftige politische Entwicklung nachhaltiger beeinflussen wird als das im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende Fingerhaken der Regierungsmacher. Ob zum Guten oder Schlechten - mit den Empfehlungen, die die Kultusminister am Mittwoch dieser Woche der Konferenz der Ministerpräsidenten zur Zusammensetzung der Bildungsrate-Kommissionen unterbreiten, wird nicht nur in der Bildungspolitik eine bedeutsame Weiche gestellt, sie werden auch eine Probe darauf liefern, ob das Abkommen über die Errichtung des Deutschen Bildungsrates eine neue Phase der Zusammenarbeit aller derer einzuleiten vermag, die für die Erfüllung öffentlicher Gemeinschaftsaufgaben Verantwortung tragen.

Instrument föderativer Zusammenarbeit

Bei seiner Unterzeichnung durch die Ministerpräsidenten der Länder und den Bundeskanzler am 15. Juli 1965 begrüßte der Hamburger Bürgermeister Professor Dr. Weichmann als Vorsitzender der Ministerpräsidentenkonferenz dieses Abkommen als ein "Bokument des föderativen Prinzips, das, elastisch gehandhabt, ein fruchtbares Zusammenwirken von Bund und Ländern erlaubt". Erst nach langen politischen Auseinandersetzungen und zähen Grabenkämpfen zwischen sehr unterschiedlichen Interessen konnte eine Konstruktion geschaffen werden, die sowohl die Expansionsgelüste des Bundesinnenministeriums in die Grenzen der Verfassungsordnung zurückdrängte als auch den Bestrebungen derjenigen den Weg verbaute, die die für manchen Verantwortlichen unbecueme Darstellung des sachlich Notwendigen durch die Zensur einer ministeriellen Verwaltungskommission gefiltert und den Bildungsrat von vornherein zur politischen Wirkungslosigkeit verurteilt sehen wollten. Dies wurde durch die Etablierung einer unabhängigen "Bildungskommission" erreicht, deren von Bundespräsidenten berufenen Experten allein die Aufgabe obliegt, Bedarfs- und Entwicklungspläne zu entwerfen, Vorschläge für die Struktur des Bildungswesens zu machen und Empfehlungen für die langfristige Planung auszusprechen.

Ob die Pläne, Vorschläge und Empfehlungen der Bildungskommission von den für die Bildungsplanung verantwortlichen Instanzen aufgegriffen und in politische Entscheidungen übersetzt werden oder ob sie - wie es Kritiker des Abkommens befürchten - nur als unver-

bindliche Meinungsäußerungen betrachtet und kein besseres Schicksal als die Empfehlungen des aufgelösten Deutschen Ausschusses erfahren werden, hängt in erster Linie davon ab, welche sachliche Autorität dies Gremium repräsentieren wird und welche Arbeitsmöglichkeiten ihm von den Vertragschließenden eingeräumt werden. Darüber werden die Beratungen der Kultusminister am Mittwoch Aufschluß geben. Verfahrensfragen spielen dabei eine große Rolle.

Den Bildungsrat als Ganzes planen !

So hätten die Kultusminister ihrem Auftrag in keiner Weise entsprochen, wenn sie nach einer Anregung ihres Präsidenten für jedes Land eine Vorschlagsliste eingereicht hätten. Zwar hat die Ministerpräsidentenkonferenz dem Bundespräsidenten für die Länder elf Mitglieder vorzuschlagen, aber föderalistisches Proporzdenken hat bei dieser Angelegenheit nichts zu suchen. Es wäre ein schlechter Witz, wenn man etwa die Diskussion über die Berufung eines Experten der Bildungsökonomie unter dem Gesichtspunkt führen wollte, in welchem Land dieser zufällig eben arbeitet. Um es ganz deutlich zuzusagen: Die Experten der Bildungskommission dürfen nicht als "Vertreter" derjenigen angesehen werden, die sie in Vorschlag bringen. Das gilt für den Bund ebenso wie für die Länder und die kommunalen Spitzenverbände. Was die Mitglieder der Bildungskommission zu "vertreten" haben, ist einzig und allein der beste Sachverstand aus einer Vielzahl einzelner Arbeitsgebiete. Diese allerdings sind nach ihrer Gewichtung und Mischung so zu berücksichtigen, daß die Kommission als Ganzes ein brauchbares Hilfsinstrument moderner Bildungsplanung darstellt.

Die Kultusminister wären gut beraten, wenn sie sich vor der Diskussion über Namen zunächst über die Sachgebiete einigten, deren Mitwirkung der Aufgabenstellung der Bildungskommission entspricht. Die Grundlagen moderner Bildungsplanung können nicht allein von Pädagogen geschaffen werden. Hier haben die Wirtschafts- und Sozialforschung ein ebenso wichtiges Wort mitzureden wie die Finanz- und Rechtswissenschaft. Es ist gewiß keine leichte Aufgabe, unter den beteiligten Disziplinen ein ausgewogenes Verhältnis zu finden, aber man sollte es sich einige Mühe kosten lassen und auch bei den dann in Erwägung zu ziehenden Personen gründlich bedenken, ob sie den Ansprüchen genügen, die sie als Wortführer ihres Sachgebietes zu erfüllen haben.

Keine Verbandsinteressen im Bildungsrat !

Ebenso wenig wie landespolitische Rücksichten sollten Verbandsinteressen bei der Zusammensetzung der Bildungskommission eine Rolle spielen. Der legitime Mitwirkungsanspruch gesellschaftlicher Gruppen an der Bildungsplanung und die Auseinandersetzung um ihre besonderen Belange hat keinen Platz in einem Expertengremium, dessen Aufgabe nicht das Aushandeln politischer Entscheidungen sondern die Erhellung ihrer sachlichen Voraussetzungen ist.

Schleppende Untersuchung

Erste Ergebnisse der Polizeidurchleuchtung in Schleswig-Holstein

lk - Kiel

Im September 1963 setzte der schleswig-holsteinische Landtag auf Drängen der Sozialdemokraten einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß ein. Dieser Ausschuß sollte klären, ob "die maßgeblichen Entscheidungen, insbesondere in personeller Hinsicht" bei der Landespolizei "in sachkundigen Händen liegen". Es ging, kurz gesagt, den Sozialdemokraten darum, zu erfahren, ob nicht in der Polizeiführung Männer sitzen, die während der Hitlerdiktatur Gewalttaten begangen haben.

Nach zwei Jahren liegt noch immer kein Beratungsergebnis des Ausschusses vor. Immerhin fragte der Ausschuß vor kurzem bei der zentralen Ermittlungsstelle in Ludwigsborg an, ob gegen die 75 führenden Polizeibeamten des Landes etwas vorliege. Man zog den Kreis so weit, um sich von speziellen Verdachtsmomenten freizuhalten. Eine Mitteilung, die jetzt seitens des Kieler Innenministeriums herausgegeben wurde, bestätigt, wie notwendig das Drängen der Sozialdemokraten gewesen ist.

Gegen neun Oberbeamte der Schutz- und Kriminalpolizei sind Verfahren anhängig. Einer dieser Beamten steht unter Anklage und wurde vom Dienst suspendiert. Richterliche Voruntersuchungen laufen gegen vier weitere Beamte, von denen zwei suspendiert worden sind. Gegen vier Beamte schließlich sind staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

Unabhängig von diesem Personenkreis sind noch weitere fünf Verfahren gegen Polizeibeamte im mittleren Dienst anhängig. Gegen drei Beamte laufen richterliche Voruntersuchungen und zwei wurden vom Dienst suspendiert. Gegen zwei weitere Beamte des mittleren Dienstes schließlich sind staatsanwaltschaftliche Ermittlungen im Gange.

Unabhängig von diesem Komplex ermittelt der Staatsanwalt in Lübeck gegen Angehörige des früheren Polizeibataillons 507 wegen Verdachts der Teilnahme an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen im Osten. Gegen vier Beamte wurde Antrag auf Eröffnung der gerichtlichen Voruntersuchung gestellt. Einige Verfahren sind inzwischen eingestellt worden. Keiner der Beschuldigten des einmal in Lübeck stationiert gewesenen Polizeibataillons ist im Landesdienst.

Es wäre gut, wenn der parlamentarische Untersuchungsausschuß zu einem einmütigen Bericht in der Frage der belasteten Polizeibeamten in den höheren Chargen käme. Die Bevölkerung im nördlichen Bundesland muß von ihrem Parlament erfahren, daß sie in jeder Beziehung zu den Polizeibeamten Vertrauen haben kann. Die Tendenz der Ausschußmehrheit aus CDU und FDP, einen gemeinsamen Bericht aus formalrechtlichen Gründen zu verhindern, ist mehr als fragwürdig.

Drei Jahre "Hessisches Altenerholungswerk"

16 000 minderbemittelte ältere Mitbürger
verlebten schöne Ferienwochen

x sp. - Es gibt unter den minderbemittelten älteren Mitbürgern viele, die noch niemals in ihrem Leben verreist sind, geschweige denn eine Urlaubsreise machen konnten. Aus diesem Grunde wurde als Ergänzung des seit 1960 laufenden hessischen Sozialplans für alte Menschen im Jahre 1962 das "Hessische Altenerholungswerk" ins Leben gerufen.

Als das hessische Sozialministerium 1962 erstmals 200 000 Mark für die Altenerholungshilfe zur Verfügung stellte, konnten mit dieser Hilfe rund 2400 minderbemittelte ältere Mitbürger einen mehrwöchigen Erholungsurlaub erleben. Es waren meist über 65-jährige Alleinstehende und Ehepaare.

Inzwischen wurde das Altenerholungswerk in Hessen weiter ausgebaut. Staatsminister H e m s a t h setzte sich nachdrücklich dafür ein, daß die hierfür erforderlichen Landesmittel erhöht wurden, und zwar im Jahre 1963 auf 500 000 Mark, 1964 auf 750 000 und 1965 auf 850 000 Mark. Der Minister strebt an, den Einsatz von Landesmitteln in Höhe von einer runden Million für die Altenerholungshilfe zu erreichen. Hinzu kommen die nicht unbeträchtlichen Mittel der kommunalen Gebietskörperschaften und der freien Wohlfahrtsverbände. Dank dieser Zusammenarbeit konnten in den letzten drei Jahren etwa 16 000 alte Leute im Rahmen der hessischen Altenerholung schöne und geruhsame Ferienwochen erleben.

Zahlreiche herzliche Feriengrüße und Dankschreiben der Teilnehmer an der Altenerholung bestätigen immer wieder die Richtigkeit und Bedeutung der von der Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen. Minister Hensath ist deshalb um den weiteren Ausbau des "Hessischen Altenerholungswerks" bemüht. Zugleich richtet sich sein ständiger Appell an die kommunalen Gebietskörperschaften (Städte und Landkreise) sowie an die freien Wohlfahrtsverbände, ihre eigenen Leistungen ebenfalls zu steigern.

Außer den mit Landesmitteln geförderten Erholungsreisen alter Menschen haben in Hessen - das muß hervorgehoben werden - auch die Städte und Landkreise sowie die freien Wohlfahrtsverbände vielfach noch zusätzliche, o h n e Landesmittel finanzierte Maßnahmen der Altenerholung durchgeführt.

Elektronengehirne erobern Dänemark

Entscheidender Schritt zur Verwaltungsvereinfachung

Von unserem Skandinavienkorrespondenten

Die Elektronengehirne haben in der dänischen Staatsverwaltung ihren Einzug gehalten. Sie bewältigen dort seit einiger Zeit Aufgaben, die sonst in ermüdender Arbeit von öffentlichen Bediensteten vorgenommen werden mußten. Der Einsatz der Computer in der dänischen Verwaltung geht weit über den Stand hinaus, der bis jetzt in der Bundesrepublik mit seinen bescheidenen Anfängen erreicht worden ist.

Das Kernstück der dänischen Datenverarbeitungsanlagen ist die "Datacentralen", die in Kopenhagen errichtet wurde und für die ein Jahresetat von 16 Millionen Kronen zur Verfügung steht. Träger der Zentrale sind der dänische Staat, die Stadt Kopenhagen mit Frederiksberg sowie die Vereinigungen der Kleinstädte, Stadtgemeinden und Landgemeinden. Die Zentrale konnte errichtet werden, nachdem der Staat ein Darlehen von 15 Millionen Kronen bereitgestellt hatte. Inzwischen trägt sich das von 200 Arbeitskräften bediente Elektronengehirn selbst.

Die elektronische Anlage berechnet inzwischen die Besoldung aller Bediensteten und Pensionäre der dänischen Staatsbahnen vollautomatisch. Ihr Einsatz für die Königliche Postverwaltung wird vorbereitet. Datacentralen, erhebt und registriert die Kraftfahrzeugsteuer für das ganze Land. Die Renten, einschließlich der anlaufenden Volksrente für sämtliche Rentempfänger Dänemarks, werden zu jedem Ersten des Monats durch das Elektronengehirn berechnet und angewiesen. Sie wird ferner für die sehr detaillierte Schulstatistik oder die Erhebungen über den Grund- und Hausbesitz verwendet.

Was eine solche zentrale Anlage leisten kann, mögen ferner ihre Berechnungsaufgaben für Wehrerfassung, Grunderwerbssteuer, Sozialleistungen, Mietbeihilfen, Pflichtkrankenkassen und Berufsgenossenschaften beleuchten. Für alle diese Aufgaben bis hin zu den speziellen Geldanweisungen für den einzelnen Bürger wird in Kopenhagen ein einziges Elektronengehirn für ganz Dänemark eingesetzt.

Dabei sorgen strenge Vorschriften dafür, daß beispielsweise das Steuergeheimnis gewahrt bleibt; Erhebungen über vermögensrechtliche Angelegenheiten wie etwa Grund- und Hausbesitz gehen nicht an die Finanzämter. Daneben ist die kommunale Selbstverwaltung Dänemarks inzwischen davon überzeugt, daß die zentrale Datenverarbeitung in der Hauptstadt die kommunale Selbstverwaltung nicht gefährdet. Sie leistet nur zur Entlastung des kommunalen Personaletats ihre Dienste.

Darüber hinaus stehen in Dänemark noch sechs weitere Elektronengehirne, die ebenfalls für Kopenhagen und Frederiksberg da sind, und außerdem in Odense, Aarhus und Aalborg stationiert sind. Diese Anlagen bedienen die Hauptstadt mit ihren sechs Randgemeinden sowie rund 600 weitere Gemeinden Dänemarks. Auf diese Weise wird auch durch ein Netz der Elektronengehirne praktisch die ganze Einwohnerschaft Dänemarks noch einmal verwaltungstechnisch betreut. Der Etat dieser Anlagen beläuft sich jährlich auf 18,3 Millionen DM. Die Computer "verdienen" sich durch die Erhebung von Gebühren diesen Betrag inzwischen selbst.